

# Die Bilanz der Europäischen Integration 2007

Werner Weidenfeld

Europas Vielfalt prägt die Erfahrungen des Alltags. Da gibt es einerseits pragmatische Fortschritte wie andererseits Kritik an misslungenen Ansätzen. Die Literatur betont die „Vielfalt als Potenzial“,<sup>1</sup> die Presse die Schwierigkeiten. Zu allem gibt es viele Facetten. Betrachten wir diese ganz unterschiedlich beurteilten Tagesereignisse, um ein Gespür für europapolitische Vielfalt zu erhalten:

- Wichtige Schlüsselentscheider machen immer wieder neu auf sich aufmerksam: Bundeskanzlerin Merkel entfaltet beachtliches Führungspotenzial als EU-Ratspräsidentin. Frankreich und Großbritannien wählen ihre Spitzenrepräsentanten neu. Der frisch gewählte französische Staatspräsident Sarkozy folgte auf Präsident Chirac, der britische Premierminister Brown auf Tony Blair. Diese neuen Konstellationen gaben zu vielen Analysen Anlass, ob neue Handlungschancen gegeben sind oder nicht. Sowohl der polnische als auch der tschechische Präsident machten kontinuierlich durch höchst europakritische Positionen auf sich aufmerksam.<sup>2</sup> Gleichzeitig könnte sich der europapolitische Kurs der polnischen Regierung nach der Parlamentswahl im Oktober 2007 wieder stärker in Richtung Konsens bewegen.
- Javier Solana erhielt am 17.5.2007 den berühmten Karlspreis für seine außenpolitischen Verdienste. In seiner Dankrede brandmarkte er jedoch die außen- und sicherheitspolitischen Schwächen Europas.<sup>3</sup> Die europäischen Strukturen müssten verbessert werden. Die Union müsse künftig mit einer Stimme sprechen.
- Als Beispiel könnte man die Beziehungen zu Russland heranziehen. Für fast jedes internationale Konfliktfeld braucht die Europäische Union die Zustimmung Russlands: Iran, Kosovo, Bosnien, Klimaschutz, usw. Aber bei vielen Themen dominiert die Divergenz: Einschätzung des demokratischen Systems in Russland, Sicherheit der Energieversorgung, Raketenschutzschild Amerikas in Polen und Tschechien, neue Partnerschaftsabkommen.<sup>4</sup>
- Die Europäische Union unternahm wesentliche Initiativen für einen transatlantischen Wirtschaftsraum.<sup>5</sup> Neue Chancen in der Zusammenarbeit mit den USA werden greifbar, mit höchst relevanten ökonomischen Konsequenzen.
- Als technologischen Durchbruch konnte man die Konzeption zur Schaffung des europäischen Satelliten-Navigationssystems Galileo bewerten. Aber es machten sich Schwierigkeiten breit. Die Wirtschaft zog sich von der Entwicklung zurück. Dann griff

---

1 Beispielsweise Rifkin, Jeremy: Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht, Frankfurt am Main 2004; Landfried, Christine: Das politische Europa. Differenz als Potenzial der Europäischen Union, Baden-Baden 2006; Leonard, Mark: Warum Europa die Zukunft gehört, München 2007.

2 Vgl. dazu den Beitrag zum Europäischen Rat in diesem Band.

3 Vgl. dazu die Beiträge zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in diesem Band.

4 Siehe Kempe, Iris: Jenseits der Gipfelkrise von Samara. Die europäisch-russischen Beziehungen vor neuen Herausforderungen, C·A·P-Papier vom 21.05.2007.

5 Vgl. dazu den Beitrag zu den Transatlantischen Beziehungen in diesem Band.

die Kommission nach Galileo – und machte damit den Kostenrahmen für die Gelder der Steuerzahler klar: 2,4 Milliarden Euro.<sup>6</sup>

- Der Gedanke der Erweiterung wird fortgeführt. Am 1.1.2007 traten Rumänien und Bulgarien bei. Gespräche mit anderen wurden mit Erwähnungen von Beitrittsperspektiven geführt – mit Mazedonien, Montenegro, Serbien. Formell auf Beitrittsverhandlungen fixiert waren die Beratungen mit Kroatien und der Türkei. Die innertürkischen Auseinandersetzungen um die Validität des Säkularismus schufen die entsprechenden europäischen Irritationen.
- Die Europäische Union traf die Vorentscheidung, Malta und Zypern zum 1.1.2008 in die Euro-Zone aufzunehmen.
- Die Grenzkontrollen zum Osten fallen. Die Grenzkontrollen zu den zehn Staaten, die der Europäischen Union zum 1.5.2004 beigetreten sind, werden Ende 2007 entfallen.<sup>7</sup>
- Nach kontroverser Debatte wurde die EU-Grundrechteagentur gegründet. Damit gibt es in der EU 19 verschiedene Agenturen. So begrüßenswert jede einzelne Agentur auch sein mag – ihre Gesamtheit trägt oftmals zu Intransparenz und Ineffizienz bei. Eine Neuordnung wäre wohl sinnvoll.<sup>8</sup>
- Europa profitierte vom Aufschwung Deutschlands. Die deutsche Wirtschaft ist mit sinkender Arbeitslosigkeit und steigendem Einkommen, mit Steigerung unternehmerischer Effizienz und moderaten Lohnabschlüssen zu einem der Motoren des Aufschwungs im Euro-Gebiet geworden. Andererseits kann bisher nicht vom Erreichen der ehrgeizigen Lissabon-Ziele, europäischer Modernisierung und weltweiter ökonomischer Führung gesprochen werden.<sup>9</sup>

Diese Vielfalt völlig unterschiedlicher Aspekte kennzeichnet Europa. Stärke und Schwäche der europäischen Politik werden so im Alltag anschaulich. Wie in jedem großen und komplexen politischen System kann man auch in der Europäischen Union nicht alles auf eine einfache Formel reduzieren.

Jenseits dieser Beispiele war die Entwicklung Europas im vergangenen Jahr aber vor allem durch zwei große Deutungsmuster gekennzeichnet: dem Jubiläum von 50 Jahren Römische Verträge und dem Ringen um eine konstitutionelle Neuordnung, das von vielen als Verfassungsdebatte verstanden wurde. Beide großen Trends erklären Europa.

### **Der europäische Magnetismus: Fünfzig Jahre Römische Verträge**

Sie boten einen Grundriss für die Architektur des neuen, integrierten Europa. Man könnte auch von einem Kompass oder einem Orientierungsrahmen sprechen. Die Rede ist von den Römischen Verträgen, jenem großen Vertragswerk, das am 25.3.1957 unterzeichnet wurde. Europa hatte offenbar die Lehren aus seiner Geschichte gezogen: Nicht die blutigen Schlachtfelder sollten das Schicksal dominieren, sondern die Verhandlungstische, nicht Armeen, sondern rechtsstaatliche Regeln, nicht Gewalt, sondern Freiheit.<sup>10</sup>

---

6 Vgl. Hagelüken, Alexander: 2,4 Milliarden Euro zusätzlich. Europa rettet Galileo – für's Erste, in: Süddeutsche Zeitung vom 09./10.06.2007; Bauer, Thomas: Galileo in der Krise, Informationsdienst Sicherheitspolitik, 6/2007, S. 10.

7 Vgl. hierzu die Beiträge zur Erweiterungspolitik in diesem Band.

8 Vgl. Barbato, Mariano: Europäische Agenturen, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels: Europa von A bis Z – Taschenbuch der Europäischen Integration, Baden-Baden 2007.

9 Siehe die Analyse von Maruhn, Roman: Lissabon-Ziele und Maastricht-Kriterien, C·A·P-Papier vom 07.03.2007; vgl. auch den Beitrag zur Wirtschaftspolitik in diesem Band.

Und dennoch: Am Anfang standen Krisen und Enttäuschungen. Der Aufbruch aus den Ruinen des Zweiten Weltkriegs hatte so hoffnungsvoll begonnen. Eine breite Volksbewegung hatte sich der Idee vom vereinten Europa verschrieben. Hochfliegende Pläne von den Vereinigten Staaten von Europa sollten jedoch bald mit den Realitäten des Tages konfrontiert werden. Nur ein bescheideneres Programm – verglichen mit dem großen europäischen Traum – sollte durch die Gründung des Europarates (1949) realisierbar werden.

Dann der nächste Hoffnungsschimmer: Mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde einer der sensibelsten Wirtschaftsbereiche supranational integriert. Im Sog dieses Teilerfolgs strebte man den ganz großen Wurf an: Die Verteidigungspolitik sollte vereint werden in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Darüber galt es ein umfassendes Dach zu spannen: Die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG), die mit ihrer Verfassung die EGKS und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) politisch umrahmen sollte. Dieser Traum zerplatzte jäh, als in der französischen Nationalversammlung die EVG 1954 scheiterte. Die erste große Krise des Integrationsgedankens war geboren.

Aber der Moment des Scheiterns wurde zur Geburtsstunde einer Erfolgsgeschichte der Integration. Die Regierungen der sechs EGKS-Mitglieder gaben mit der Einberufung der Konferenz von Messina den Startschuss zu Verhandlungen, die mit den Römischen Verträgen dann zum Abschluss gebracht werden sollten. „Messina“ wurde zum Symbol europäischen Aufbruchs. Die Verhandlungen mussten einen Kompromiss bringen zwischen der deutschen Perspektive eines gemeinsamen Markts und der französischen Tradition einer beschützten Nationalökonomie, dem deutschen Wunsch nach Kontrolle des gesamten Atomsektors mit den französischen Interessen, den militärischen Teil auszuklammern.

Der Kompromiss gelang: Deutschland setzte den Gemeinsamen Markt durch, Frankreich die nationale Souveränität beim militärischen Teil des Atomprogramms. So konnte der 25.3.1957 zum großen Festakt werden. Das neue Europa der Freiheit und des Rechts war vertraglich besiegelt. Rückt man dies in eine große historische Perspektive, so bleiben zwei Gedanken für Jahrzehnte prägend: Zielperspektive und Institutionalisierung. Als implizierter dritter Gedanke kommt der der Erweiterung hinzu.

Die Römischen Verträge legten die normative Orientierung, die Zielperspektive des Integrationswerks, fest. In der Präambel des EWG-Vertrags bekunden die Vertragspartner den „festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“. Die Römischen Verträge definierten eine dynamische Zielperspektive, die eine laufende Fortentwicklung fordert. Der Gemeinsame Markt sollte zunächst die Grundlage bieten, eine Politische Union dann die Vollendung der Grundidee. Vor diesem Hintergrund entwickelte die Gemeinschaft einen beachtlichen Kompetenzmagnetismus. Immer mehr Aufgaben gerieten in den Sog der Integration. Die Kompeten-

---

10 Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Stuttgart 2002; Gasteyer, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945-2005, Bonn 2006; Groeben, Hans von der: Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt in der Politischen Union (1958-1966), Baden-Baden 1982; Judt, Tony: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München 2006; Knipping, Franz: Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas, München 2004; Krüger, Peter: Das unberechenbare Europa. Epochen des Integrationsprozesses vom späten 18. Jahrhundert bis zur Europäischen Union, Stuttgart 2006; Küsters, Hanns Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982; Loth, Wilfried: Entwürfe einer europäischen Verfassung. Eine historische Bilanz, Bonn 2002. Weilemann, Peter R.: Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft: Zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955-1957, Baden-Baden 1983.

zen der EU reichen heute vom Agrarmarkt und der Regional- und Infrastrukturpolitik über die Wirtschafts- und Währungsunion bis hin zur Kultur- und Bildungspolitik. Es sind nur noch die Systeme der sozialen Sicherung und die Schulpolitik, die ausschließliche Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten bilden. Die Logik des Funktionalismus ist aufgegangen: Jede integrierte Funktion würde weitere Integrationsschritte nach sich ziehen. Inzwischen hat dieser Prozess sogar längst die früher tabuisierte Außen- und Sicherheitspolitik erreicht.

Die Römischen Verträge definierten den institutionellen Rahmen und die Entscheidungsprozesse. Das Dreieck der Macht bestehend aus Ministerrat als der europäischen Repräsentanz der Mitglieder, dem Europäischen Parlament als dem europäischen Ausdruck der Volkssouveränität und der Kommission als der Hüterin der Verträge, der Initiativ- und Exekutivinstanz. Wie die Gewichtung in diesem Dreieck austariert werden sollte, darum drehten sich alle Vertragskorrekturen und politischen Großkonflikte. Waren im Ministerrat zunächst alle Entscheidungen dem Einstimmigkeitsprinzip unterworfen, so ging man mit der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) zu den vertraglich vorgesehenen Mehrheitsentscheidungen über. Abschließend brachte jeder Reformvertrag eine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen. Besaß ursprünglich das Europäische Parlament weitgehend nur eine beratende Funktion, so erhielt es 1970/75 Haushaltskompetenzen, wurde ab 1979 direkt gewählt und erhielt mit der Einführung des Mitentscheidungsverfahrens (1993) die Funktion einer Zweiten Kammer in der Gesetzgebung. Die Kommission hat Schritt für Schritt ihre Legitimationsbasis ausbauen können. Ursprünglich lediglich durch die Mitgliedsregierungen im Einvernehmen bestellt, wird sie inzwischen unter starker Mitwirkung des Europäischen Parlaments installiert.

Eine dritte Variante von Magnetismus ist über die Jahrzehnte – 1973, 1981, 1986, 1995, 2004 und schließlich 2007 – die Erweiterung gewesen. Ursprünglich eine Gemeinschaft von sechs Staaten mit weniger als 200 Millionen Einwohnern, zählt die Europäische Union der 27 Staaten knapp 500 Millionen Einwohner, weitere Staaten werden folgen. Da erscheint es nur logisch, dass die Fragen nach Finalität, Identität und Grenzen mehr und mehr ins Zentrum der Diskussion rücken, zumal die dynamische Zielperspektive, die durch die Römischen Verträge zu einer der Grundlagen der Integration wurde, unbeabsichtigt mit zu den heute vorzufindenden Unsicherheiten und Unklarheiten beigetragen hat. Die Entzauberung Europas war die ungewollte Konsequenz.

### **Die Entzauberung Europas**

Es gab Zeiten, da war Europa vom Wunder der Integration geradezu verzaubert. Nach Jahrhunderten leidvoller Erfahrung kriegerischer Gegnerschaft, nach imperialen Verwüstungen, nach nationalistischen Eruptionen hatten die Völker des Kontinents den inneren Hebel komplett gewendet. Die Bildung einer europäischen Gemeinschaft wurde zur bewegenden Grundidee der Nachkriegszeit. Zwei große Quellen speisten diese historische Revolution: die Hoffnung auf Sicherheit gegen die Bedrohung aus dem Osten und die Erwartung wirtschaftlicher Wohlfahrt durch den gemeinsamen Markt. Beide Ziele wurden erreicht. Europa wurde zu einem Modell für Sicherheit und Prosperität mit weltweiter Ausstrahlung.

Heute existieren drei verschiedene Konstrukte von Europa nebeneinander und tragen zu einer gewissen Verwirrung bei.

- Da ist das pragmatische Europa mit seiner Freizügigkeit und Mobilität. Ohne Masterplan hat sich dieses Europa der Römischen Verträge seit den fünfziger Jahren weiterentwickelt. Hier wurde eine kleine Kompetenz ergänzt, dort wurde ein Entscheidungs-

prozess korrigiert – alles ohne übergreifendes System. Das hohe Niveau der Vergemeinschaftung ließ den Wunsch nach zuverlässigen Institutionen übermächtig werden. So öffnete sich das Tor zur europäischen Verfassung. Das Projekt konnte jedoch in seiner ursprünglichen Fassung wegen des Scheiterns der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden so nicht realisiert werden.<sup>11</sup>

- Da ist, zweitens, das Europa mit entgrenztem Horizont. Die kleine Gemeinschaft der Römischen Verträge hatte sich mehrfach Erweiterungen unterzogen. Erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde der ursprünglich westeuropäische Kern der Einigung in Frage gestellt. Die Vision eines vereinigten, großen Europa wurde Wirklichkeit. Historisch versunken geglaubte Kulturräume tauchten wieder auf der Landkarte auf, die Spuren des Habsburgerreichs ebenso wie die des Zarenreichs und des osmanischen Imperiums. Die Orthodoxie, der Islam, der römische Katholizismus und der Protestantismus mussten in freien Gesellschaften zu neuer Koexistenz finden. Dieser große kulturhistorische Wandlungsprozess, politisch organisiert im Europa der 27 Staaten, hat eben erst begonnen, da vollziehen die Europäer bereits die nächste große Zäsur: Der Beschluss, die Verhandlungen mit der Türkei zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union aufzunehmen, ist in seiner Tragweite vergleichbar mit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Aufgenommen werden soll das künftig bevölkerungsreichste Land, das heute auch das wirtschaftliche Armenhaus Europas ist. Mit einem Türkei-Beitritt ginge eine substantielle Veränderung des machtpolitischen Gefüges einher. Das Ende des „Geistes von Messina“ (1955) und des „Geistes der Römischen Verträge“ (1957) ist unabwendbar. Unsinn zu sagen, die Türkei gehört dazu, die Ukraine oder Marokko aber nicht. Mit der Türkei-Entscheidung wurde ein Erweiterungsprozess eröffnet, dessen langfristiges Ende heute rational nicht definiert werden kann. Die Ukraine mit ihrer jahrhundertelangen Bindung an die polnische und die österreichische Geschichte wird mittelfristig der Europäischen Union beitreten. Das gleiche gilt für die Balkanstaaten – mit Kroatien wird bereits verhandelt und Mazedonien wurde offiziell der Beitrittskandidatenstatus zugebilligt – und die Maghreb-Länder. Und wer will dann Israel und Palästina die Tür vor der Nase zuschlagen? Schließlich werden Interessen und strategisches Kalkül Gespräche mit Russland und den Staaten des Kaukasus erfordern. Mit welchem Argument sollte es Armenien und Georgien verwehrt sein, Mitglied zu werden oder zumindest näher an die Europäische Union angebunden zu werden? Je früher Europa die strategische Tragweite des eingeschlagenen Weges begreift, desto besser. Aktuell wird diese Realität aber verdrängt.
- Drittens ist die Idee Europas getragen von Mission und Auftrag des Kontinents. Europäische Identität war seit eh und je nur schwach entwickelt, überlagert von nationalen und regionalen Selbstverständnissen. Das europäische Profil war gezeichnet durch gemeinsames Leiden wie durch eine gemeinsame Erfolgsgeschichte – und es verankerte sich in den Köpfen der Menschen. Nun aber ist dieser Halt aus seiner Verankerung

---

11 Siehe hierzu Weidenfeld, Werner: Die Europäische Verfassung verstehen, Gütersloh 2006; Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse, Gütersloh 2005; Joop, Mathias/Gesa-S. Kuhle: Wege aus der Verfassungskrise – die EU nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, in: *integration*, 3/2005, S. 257-261; Bauer, Michael/Almut Metz/Sarah Seeger: Der Plan D der Europäischen Kommission und die Reflexionsphase zur Verfassung und Zukunft der Europäischen Union, C:A:P Aktuell, 3/2005; Maurer, Andreas: Nachsitzen, Sitzenbleiben oder Klassenverweis? Realisierungsperspektiven für den Europäischen Verfassungsvertrag, SWP-Studie S 4, Berlin 2006.

gerissen. Das pragmatische Europa hatte nicht einmal mehr die Kraft, seine kulturellen Wurzeln in der Verfassung zu definieren. Dem entgrenzten Europa fehlt der Rahmen, den ein identitätsstiftender Prozess benötigen würde. Zurück bleiben hilflose Versuche, etwa auf europäischen Kulturkongressen, nach der Seele Europas zu suchen – Material für Satire in den Feuilletons. Die strategische Unentschiedenheit der Politik hat die Verwirrung in die Köpfe der europäischen Bürger befördert und eine tiefe Orientierungskrise ausgelöst.

In solchen Situationen ist Rückzug angesagt. Konsequentermaßen suchen die Europäer neuen Halt in Traditionen: Das nationale Bewusstsein, die regionale Heimat, die ethnische Behausung – sie alle bieten Sicherheit, aber ihnen fehlt der europäische Horizont. Europa entschwindet, und der Verlust wird kompensiert mit dem scheinbar sicheren Zugriff auf die kleine politische Scholle.

Die Dichte der europäischen Integration hat heute ein Niveau erreicht, das die Frage nach der Finalität der europäischen Integration geradezu zwangsläufig aufwirft. Die Europäische Union ist nicht mehr ein relativ bedeutungsloses Ornament der Politik, sondern sie ist durch Verflechtung und Kompetenzübertragung zum Kern politischer Machtarchitektur auf dem europäischen Kontinent geworden. Bis heute aber ist die EU auch ein beispielloses Modell regionaler Integration – ein Projekt ohne Vorlage. Im Zentrum der Europawissenschaft steht damit eine besonders schwierige Frage: Wie kann, wie soll eine demokratische transnationale Ordnung aussehen, die nicht an die Stelle der Nationalstaaten tritt, sondern ergänzend neben diesen steht?

Wenn sich in Europa eine vitale Demokratie entwickeln soll, dann gehört dazu nicht nur, die Rechte des Europäischen Parlaments oder die Beteiligung der nationalen Parlamente zu stärken, also eine Korrektur auf der Systemebene vorzunehmen. Das Thema EU muss vielmehr zum integralen und selbstverständlichen Bestandteil politischer Debatten in den Mitgliedstaaten werden. Die Abschottung der nationalen von der europäischen Ebene im politischen Diskurs muss aufgehoben werden, denn sie entspricht im Mehrebenensystem nicht mehr der Realität. Dazu ist Lernen und Umdenken erforderlich. Gelingt dies nicht, so besteht die Gefahr, dass Politik zwar zunehmend auch auf europäischer Ebene gemacht wird, aber dabei abgekoppelt bleibt von der Legitimation der Bürger. Anders formuliert: Der Bürger muss den politischen Entscheidungsträgern auch ein Mandat für ihre Politik in der EU geben. Und dies vermag er nur, wenn der Europapolitik ein größerer Raum in den tagespolitischen Debatten eingeräumt wird. Ein Raum, in dem auch Kontroversen ihren Platz haben, durch die der Bürger die Wahl hat zwischen Alternativen und in denen er Europa als politisches, nicht wie so oft als bürokratisches Projekt erfährt.

Welche Konsequenzen eine fehlende bzw. nicht angemessene europapolitische Debatte haben kann, zeigten die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden, welche die europäische Verfassung 2005 zu Fall brachten. Deutschland sah sich dann vor die Aufgabe gestellt, im ersten Halbjahr 2007 einer konstitutionellen Neuordnung der Europäischen Union neuen Schwung zu verleihen.

### **Das Ringen um eine konstitutionelle Neuordnung und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft**

Der deutsche EU-Vorsitz fiel in eine Zeit großer Fragezeichen. Dissens und Widersprüchlichkeit bestimmten eine Agenda, die eigentlich nach Klarheit und Perspektive verlangt.<sup>12</sup>

Vor allem die Frage nach der Verfasstheit der Europäischen Union legte das konzeptionelle Schisma hinsichtlich der finalen Perspektive der Union offen.

Die Erwartungen an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier waren hoch.<sup>13</sup> Schon einmal, in den Verhandlungen zur finanziellen Vorausschau im Herbst 2005, hatte das Duo großes Geschick als Makler der Interessen bewiesen. Daher erhoffte man sich, dass die deutsche Ratspräsidentschaft die tiefe Interessenskluff zwischen den Mitgliedstaaten überbrücken und einen substanziellen Beitrag zur Ankerbelung der Integrationsdynamik Europas leisten könne. Wenn nicht Deutschland, wer sonst könnte in der festgefahrenen Verfassungsfrage eine entscheidende Weichenstellung vornehmen? Diese Initiative konnte nur von einem pro-europäischen Mitglied kommen, das voll hinter dem Verfassungsvertrag stand und zugleich das nötige politische Gewicht für die Durchsetzung eines Paradigmenwechsels in der Europäischen Union besitzt.

Die komplexe Ausgangslage barg hohe Anforderungen: Anstelle der üblichen taktischen Manöver war eine kompakte Strategie gefragt, um Handlungsfähigkeit und demokratische Verfasstheit der Europäischen Union in einer globalisierten Welt sicherzustellen. Ein reifer historischer Schritt der politischen Rettung war erforderlich. Doch wie sind vor diesem Hintergrund die Leistungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu bewerten? Wo blieben die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück? Und was bedeutet dies für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses?

Die Europäische Verfassung stellt den ehrgeizigsten Versuch dar, Antworten auf die architektonischen Grundfragen der Integration zu geben. Dieser Versuch wird überschattet von nationalen Interessen und der Angst vor einem Superstaat Europa. Vordergründig wird um technokratische Bestimmungen gestritten, im Kern geht es um antagonistische Zukunftsvisionen in der EU. Nichts anderes verbirgt sich hinter dem „Non“ der Franzosen und dem „Nee“ der Niederländer. Solange dies nicht klar ausgesprochen wird, kann es keine positive Klärung der Problemlage geben.<sup>14</sup>

Dass sich die Staats- und Regierungschefs der Union auf ihrem Gipfel im Juni 2007 buchstäblich in letzter Minute doch noch auf einen Fahrplan zur Reform des EU-Primärrechts einigen konnten, ist vor allem auf die Verhandlungsführung der deutschen Präsidentschaft und die Kompromissbereitschaft der „Freunde der Verfassung“ zurückzuführen.<sup>15</sup> Bei 27 Mitgliedstaaten ist klar, dass die uneingeschränkte Durchsetzung eines nationalen Wunschkatalogs nicht möglich war. Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier kam daher die schwierige Aufgabe zu, die verschiedenen Interessen und nationalen Befindlichkeiten behutsam auszubalancieren und zusammenzuführen.

---

12 Weidenfeld, Werner: Europa auf der Kippe. Warum ein Erfolg des EU-Verfassungsgipfels wichtig ist, in: *Die Welt*, 16.06.2007, S. 12.

13 Bundesregierung: Europa gelingt gemeinsam. Präsidentschaftsprogramm 01.01.-30.06.2007, Berlin 2007; vgl. dazu Seeger, Sarah/Janis A. Emmanouilidis: *Ausweg oder Labyrinth? Analyse und Bewertung des Mandats für die Regierungskonferenz, C-A-P Analyse 5/2007.*

14 Vgl. Emmanouilidis, Janis A./Bettina Thalmaier: *Non, Nee, Nie oder No – Konsequenzen, Optionen und Empfehlungen im Falle einer Ablehnung der Verfassung, Reform-Spotlight, 3/2005.*

15 Vgl. die Schlussfolgerungen des Vorsitzes Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel vom 21./22.06.2007, [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/94935.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/94935.pdf).

Das Ergebnis ist präzise und substanzreich:<sup>16</sup> Statt eines neuen Textmonstrums wird es einen knappen Änderungsvertrag geben. Dieser reformiert den „Vertrag über die Europäische Union“ und den „Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften“, der in „Vertrag über die Arbeitsweise der Union“ umbenannt wird. Dabei greift der Änderungsvertrag in weiten Teilen auf die Substanz des Verfassungsvertrags zurück. Damit werden im Vergleich zum geltenden Vertrag von Nizza demokratische Legitimation und Handlungsfähigkeit der EU erheblich gestärkt sowie weltpolitisches Handeln ermöglicht.

Zu den zentralen Reformen gehören die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens, die Reform der Zusammensetzung der Kommission, die Wahl des Präsidenten des Europäischen Rates, die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die klarere Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten, die Verleihung einer eigenständigen Rechtspersönlichkeit an die EU sowie die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens.

Insbesondere die Einführung der „doppelten Mehrheit“ ist ein Meilenstein in der Geschichte der Union. Die undurchschaubare Machtverteilung des Nizza-Vertrags ist zum Skandal geworden. Derzeit haben die großen Staaten 29 Stimmen, die kleinsten Staaten drei. Deutschland aber hätte gemessen an seiner Bevölkerung 767 Stimmen, Frankreich 554, Großbritannien 552 verdient. Dieses machtpolitische Ungleichgewicht ist auf Dauer nicht mehr hinnehmbar. Die Einführung der doppelten Mehrheit ist daher die Schlüsselqualifikation auf dem Weg zu mehr Handlungsfähigkeit und Demokratie. Die Zahl der Bürger und der Staaten als alleinige Kriterien für europäische Entscheidungen können die strukturellen Probleme der Europäischen Union weitgehend beheben. Ist dieser Entscheidungsmechanismus erst einmal etabliert, werden sich auch alle anderen Fragen im normalen politischen Prozess lösen lassen.

Doch wie bei früheren Vertragsrevisionen ist auch diesmal ein Kompromiss entstanden, der den Verfassungsfreunden einige Opfer abverlangte. So wird sich die endgültige Einführung der doppelten Mehrheit bis ins Jahr 2017 verzögern. Bis dahin gelten die Bestimmungen des Vertrags von Nizza. Diese sind allerdings nur für 27 Mitglieder gedacht. Bei einer Union von künftig vielleicht 30 oder mehr Mitgliedstaaten drohen Effizienz- und Reibungsverluste. Darüber hinaus verzichtet der nun angestrebte Reformvertrag auf die Bündelung aller Rechtsgrundlagen der EU in einem einheitlichen Dokument. Auch diesmal wird ein kleinteiliger technokratischer Text entstehen, der nur von rechtsgelehrten Spezialisten in seiner ganzen Bedeutung entziffert werden kann. Dass dem Kompromiss zudem jegliche Verfassungssymbolik zum Opfer fallen wird, nimmt der EU eine wichtige Projektionsfläche einer gemeinsamen europäischen Identität. Die Transparenz, die Europa so dringend benötigt, ist der Preis, den die Verfassungsfreunde für das Entgegenkommen der Gegner zahlen mussten. Für die Bürger Europas wird auch der neue Vertrag weitgehend versiegelt bleiben.

Angesichts der komplexen Problemlage, in der Deutschland den EU-Vorsitz innehatte, ist das Ergebnis des Reformvertrags dennoch beachtlich. Mit dem In-Kraft-Treten des neuen Vertrags wäre ein großer Fortschritt im Vergleich zum Status Quo erzielt. Nun kommt es darauf an, den Ratifizierungsprozess nach der Unterzeichnung des Vertrags am 13.12.2007 durch die EU-Staats- und Regierungschefs erfolgreich durchzuführen.

---

16 Vgl. dazu ausführlich Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, Analyse und Bewertung des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P), 6/2007.



## **Aufgaben für die Zukunft: Einbindung der Bürger, Gestaltung der Erweiterung, weltpolitische Mitverantwortung**

Die kommenden beiden Jahre sind geprägt von entscheidenden Wegmarken europäischer Politik. 2009 wird das neue Europaparlament gewählt. In den Jahren 2008 und 2009 werden die Finanzen der Europäischen Union einer Revision unterworfen, währenddessen die Interessen der Nettozahler und der Nettoempfänger hart aufeinanderprallen werden. Gleichzeitig soll der neue Reformvertrag ratifiziert werden, von dem wir noch nicht wissen, ob er wirklich in Kraft treten wird. Die unversöhnlichen Geister des nationalen Interesses, die im Juni 2007 noch einmal eingefangen werden konnten, könnten ein weiteres Mal gerufen werden, den Vertrag scheitern lassen und die Europäische Union in eine existenzielle Krise stürzen. Die Kluft zwischen Integrationsbefürwortern und Integrationsgegnern wäre dann nicht mehr überwindbar. Dies würde jedoch angesichts der weltpolitischen Herausforderungen große Risiken bergen: Das Tempo globaler Entwicklungen beschleunigt sich, besonders auf dem Gebiet der Wirtschaft, aber auch in der internationalen Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU droht in zentralen Politikfeldern ihren Integrationsvorsprung einzubüßen und im Vergleich zu den anderen großen regionalen Blöcken und Mächten ins Hintertreffen zu geraten. Nur eine Anpassung europäischer Politik an die veränderten Realitäten dieser Welt – und dazu bedarf es der Annahme und Umsetzung des Reformvertrags – kann der Europäischen Union die notwendige Handlungsfähigkeit gewährleisten. Im Wesentlichen sind es drei Felder, auf denen sich die EU dringend weiterentwickeln muss.

Es ist, wie bereits dargelegt, notwendig, dass sich die EU-Bürger mit dem politischen System identifizieren und europäische Politik demokratisch legitimieren. Die schon seit längerem schwebende Akzeptanz- und Legitimationskrise der EU wurde durch das Scheitern des Verfassungsvertrags in Frankreich und in den Niederlanden blitzartig deutlich. Konkret gesprochen liegt es nun im wohlverstandenen Eigeninteresse der EU, die Unterstützung des Bürgers für das europäische Projekt wiederzugewinnen. Es wäre schädlich, bliebe es bei der Weiterentwicklung der EU bei der vertraulich, diplomatischen Renaissance, die wir im Vorfeld des Gipfels akzeptieren mussten. Das wertvolle Instrument des Konvents, das ernsthafte und dauerhafte Bestreben, die Menschen für Europa wieder zu gewinnen und die europäische Sache in der öffentlichen Debatte zu verhandeln, ist notwendig und auf lange Sicht für Europa, seine Staaten und seine Bürger die beste und einzige Lösung.

Jenseits der technischen Machbarkeit und der politischen Mechanik, für die der Reformvertrag eine notwendige Voraussetzung darstellt, sehen wir uns einem großen und nicht absehbaren Erweiterungsprozess gegenüber. Je früher Europa diese Reichweite des eingeschlagenen Wegs strategisch begreift, desto besser. Aktuell wird diese Realität politisch verdrängt. Es wird so getan, als sei die Türkei das letzte Land, das legitimerweise seinen Eintritt in die Union fordern kann.

Was mit dem Flexibilitätsartikel des Vertrags von Amsterdam begonnen wurde und im Reformvertrag seinen vorläufigen Abschluss findet: In der nächsten Ära der Europapolitik wird es zu Ende gebracht werden müssen. So wie in den 1950er Jahren die Existenz von UN und NATO die Gründerväter nicht daran hinderte, EWG, EGKS und Euratom zu gründen, so wird künftig die Existenz der EU die Staaten nicht daran hindern, regionale Teilgemeinschaften zu gründen. Das Ziel dieser Teilgemeinschaften müsste es sein, Effizienz und Handlungsfähigkeit zu gewinnen, die im Europa der 27 und mehr Mitgliedstaaten für viele Themen nicht mehr zu erreichen sein wird.<sup>17</sup>

Wer sich Ausmaß und Tragweite dieses Wandels vor Augen führt, spürt das Fehlen einer Debatte umso schmerzlicher. Als ein systematisches Konzept zum Beitrag einer weltpolitischen Ordnung braucht der Kontinent eine Idee von sich selbst.

Ein zentrales Thema Europas ist und bleibt seine weltpolitische Mitverantwortung. Europa ist störanfälliger als jeder andere Akteur in der Weltpolitik. Seine wirtschaftlichen und politischen Interessen reichen deutlich über den eigenen Gestaltungsrahmen hinaus, da Europa durch Krisen und Konflikte, etwa in der Rohstoffversorgung, unmittelbar betroffen ist. Geopolitisch gesehen liegt Europa in sensibler und unruhiger Nachbarschaft, deren Politik und Entwicklung zugleich besondere Interessen der anderen heutigen und potenziellen Weltmächte berührt. Schon aufgrund ihrer schieren Größe und wirtschaftlichen Stärke ist die Europäische Union ein Faktor in der Weltpolitik. Die EU ist aus Eigeninteresse zur Weltpolitik verpflichtet.

Auch der Sektor Sicherheit fordert die besondere Leistungsfähigkeit der EU. Die Weltpolitik erlebt eine Epoche der Unordnung, der Risiken, Krisen und Gefahren, nicht zuletzt in näherer Nachbarschaft. Auf globaler Ebene bestimmen Konfliktformationen die Lage, die von der Professionalisierung des internationalen Terrors und asymmetrischer Kriegsführung über die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bis hin zu regionalen Krisen und den Konsequenzen von Staatsversagen reichen.

Angesichts des erheblichen Problemdrucks muss sich Europa stärker als bisher als weltpolitischer Akteur begreifen. Dabei stärkt die Idee eines differenzierten Europas im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik die internationale Handlungsfähigkeit der EU. Der Reformvertrag ebnet hierfür potenziell den Weg, und Europa wird gut beraten sein, beizeiten diesen Weg zu begehen.

### Weiterführende Literatur

- Barysch, Katinka: *Embracing the Dragon: The EU's Partnership with China*, Centre for European Reform 2005.
- Bauer, Thomas: *Von der Wirtschaftspartnerschaft zur transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft. Analyse und Bewertung des EU-USA Gipfeltreffens 2007 unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft*, C·A·P-Aktuell 7/2007.
- Baumann, Florian: *Energy Security: A Transatlantic Challenge?*, C·A·P Policy Analysis 2/2007.
- Blanke, Herm.-Josef/Stelio Mangiameli (Hrsg.): *Governing Europe under a Constitution. The Hard Road from the European Treaties to a European Constitutional Treaty*, Berlin/Heidelberg 2006.
- Böhling, Kathrin: *Opening up the Black Box. Organizational Learning in the European Commission*, Frankfurt a.M. 2007.
- Böhm, Wolfgang/Otmar Lahodynsky: *EU for YOU! So funktioniert die Europäische Union*, Wien 2005.
- Bruha, Thomas/Carsten Nowak (Hrsg.): *Die Europäische Union. Innere Verfasstheit und globale Handlungsfähigkeit*, Baden-Baden 2006.
- Casarini, Nicola: *The Evolution of the EU-China Relationship: From Constructive Engagement to Strategic Partnership*, Institute for Security Studies 2006.
- Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: *Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Analyse und Bewertung des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) C·A·P Analyse 6/2007*.
- Dröge, Susanne: *Die EU-Klimastrategie*, SWP-Aktuell 12, Februar 2007.
- Eberstadt, Nicholas/Hans Groth: *Healthy Old Europe*, in: *Foreign Affairs*, May/June 2007.

---

17 Emmanouilidis, Janis: *Institutional Consequences of Differentiated Integration*, C·A·P Discussion Paper, Februar 2007.

- Ehrhart, Hans-Georg/Sabine Jaberg/Bernhard Rinke/Jörg Waldmann (Hrsg.): Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik, Wiesbaden 2007.
- Eichengreen, Barry: The European Economy since 1945, Princeton University Press 2007.
- Elvert, Jürgen: Die europäische Integration, Darmstadt 2006.
- Emmanouilidis, Janis: Die Zeit der Entscheidung – Optionen, Erfolgsvoraussetzungen und Fahrplan für ein neues EU-Primärrecht, C·A·P Analyse 1/2007.
- Faber, Anne/Wolfgang Wessels: Strategien und institutionelle Perspektiven nach der Verfassungskrise: „Funktionalistische“ und „institutionalistische“ Wege zu einem neuen europäischen Verhandlungspaket, in: Politische Vierteljahresschrift 2/2006.
- Gasteyger, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945-2005, Bonn 2006.
- Goulard, Sylvie: EU – Türkei. Eine Zwangsheirat?, Berlin 2006.
- Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Baden-Baden 2007.
- Gussone, Peter: Das Solidaritätsprinzip in der Europäischen Union und seine Grenzen, Berlin 2006.
- Harnisch, Sebastian: Deutsche Europapolitik und Europäischer Verfassungsvertrag, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 1/2007.
- Heit, Helmut (Hrsg.): Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU, Münster 2005.
- Hettlage, Robert/Hans-Peter Müller (Hrsg.): Die europäische Gesellschaft, Konstanz 2006.
- Höchstetter, Klaus: Die offene Koordinierung in der EU. Bestandsaufnahme, Probleme und Perspektiven, Baden-Baden 2007.
- Hofmann, Gunter: Familienbande. Die Politisierung Europas, München 2005.
- Hölscheidt, Sven: Europatauglichkeit des Grundgesetzes, in: Derra, Hans-Jörg (Hrsg.): Freiheit, Sicherheit und Recht. Festschrift für Jürgen Meyer, Baden-Baden 2006.
- Hüfner, Martin: Europa. Die Macht von morgen, München/Wien 2006.
- Jansen, Thomas: Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung, Brüssel 2006.
- Joas, Hans/Klaus Wiegandt (Hrsg.): Die kulturellen Werte Europas, Frankfurt 2005.
- Jochum, Georg u.a.: Legitimationsgrundlagen einer europäischen Verfassung. Von der Volkssouveränität zur Völkersouveränität, Berlin 2007.
- Jopp, Mathias/Daniel Göler: Kann Europa gelingen? Vorhaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, in: integration, 1/07.
- Judt, Tony: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München 2006.
- Kadelbach, Stefan (Hrsg.): Europäische Verfassung und direkte Demokratie, Baden-Baden 2006.
- Kempe, Iris: Identifying an Agenda for a new Eastern Policy – Connecting the German and Finnish EU Presidencies, C·A·P Aktuell 1/2007.
- Klein, Angela: Die EU in neoliberaler Verfassung, Köln 2006.
- Kluge, Jürgen/Heino Faßbinder: Wirtschaftsmacht Europa. Wie der alte Kontinent zu neuer Stärke findet, Frankfurt 2004.
- Klusen, Norbert/Andreas Meusch (Hrsg.): Wettbewerb und Solidarität im europäischen Gesundheitsmarkt, Baden-Baden 2001.
- König, Thomas/Stephanie Daimer/Daniel Finke (Hrsg.): Plebiszit und Ratifikation. Eine vergleichende Untersuchung von Referenden zur Europäischen Verfassung, Speyer 2006.
- Krieger, Eugen: Die Europakandidatur der Türkei. Der Entscheidungsprozess der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft während der Assoziierungsverhandlungen mit der Türkei 1959-1963, Zürich 2006.
- Krüger, Peter: Das unberechenbare Europa. Epochen des Integrationsprozesses vom späten 18. Jahrhundert bis zur Europäischen Union, Stuttgart 2006.
- Landfried, Christine: Das politische Europa. Differenz als Potential der Europäischen Union, Baden-Baden 2006.

- Lane, Thomas/Stadtmüller, Elzbieta (Hrsg.): *Europe on the Move. The Impact of Eastern Enlargement on the European Union*, Münster 2005.
- Leonard, Mark: *Warum Europa die Zukunft gehört*, München 2007.
- Ley, Michael/Klaus Lohrmann: *Projekt Europa. Erfolgsgeschichte oder Irrweg*, Düsseldorf 2007.
- Linke, Geritt: *Das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit im Vertrag von Nizza. Möglichkeiten eines Europas der differenzierten Integration*, Frankfurt a.M. 2006.
- Luif, Paul (Hrsg.): *Österreich, Schweden, Finnland. Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union*, Wien 2007.
- Lützeler, Paul Michael: *Kontinentalisierung. Das Europa der Schriftsteller*, Bielefeld 2007.
- McCormick, John: *The European Superpower*, Palgrave Macmillan 2006.
- Müller-Graff, Peter-Christian (Hrsg.): *Die Rolle der erweiterten Europäischen Union in der Welt*, Baden-Baden 2006.
- Nida-Rümelin, Julian (Hrsg.): *Europäische Identität. Voraussetzungen und Strategien*, Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Baden-Baden 2007.
- Niedobitek, Matthias/Simone Ruth (Hrsg.): *Die neue Union. Beiträge zum Verfassungsvertrag*, Berlin 2007.
- Notz, Kristina: *EU-Energiepolitik als Herausforderung für die deutsche Ratspräsidentschaft*, C·A·P Aktuell 3/März 2007.
- Rehn, Olli: *Europe's Next Frontiers*, Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Baden-Baden 2006.
- Riesch, Andrea: *Migration von Marokko in die EU. Migrationsursachen und Reaktionen europäischer Migrationspolitik*, Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Baden-Baden 2007.
- Robertson-von Trotha, Caroline Y., unter der Mitarbeit von Christine Mielke (Hrsg.): *Europa in der Welt – die Welt in Europa*, Baden-Baden 2006.
- Sapper, Manfred u.a.: *Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas. Die EU und ihre Nachbarn*, Osteuropa 2-3/2007.
- Schirm, Stefan (Hrsg.): *Globalisierung. Forschungsstand und Perspektiven*, Nomos 2006.
- Seeger, Sarah: *Communicating European Values – The German EU Presidency and the Berlin Declaration*, C·A·P Aktuell 6/2007.
- Sell, Friedrich L.: *Aktuelle Probleme der europäischen Wirtschaftspolitik*, Stuttgart 2002.
- Semprún, Jorge/Villepin, Dominique de: *Was es heißt, Europäer zu sein*, Hamburg 2006.
- Thurner, Paul W.: *Die graduelle Konstitutionalisierung der Europäischen Union. Eine quantitative Fallstudie am Beispiel der Regierungskonferenz 1996*, Tübingen 2006.
- Toggenburg, Gabriel N.: *Die EU-Grundrechteagentur: Satellit oder Leitstern?*, SWP-Aktuell 8, Februar 2007.
- Tolksdorf, Dominik: *Implementing the Ahtisaari Proposal – The European Union's Future Role in Kosovo*, C·A·P Policy Analysis 1/2007.
- Verheugen, Günter: *Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee*, Köln 2005.
- Verhofstadt, Guy: *Die Vereinigten Staaten von Europa. Manifest für ein neues Europa*, Eupen 2006.
- Wagener, Hans-Jürgen/Thomas Eger/Heiko Fritz: *Europäische Integration. Recht und Ökonomie, Geschichte und Politik*, München 2006.
- Wanninger, Susanne: *New Labour und die EU. Die Europapolitik der Regierung Blair*, Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Baden-Baden 2007.
- Waschinski, Gregor: *Gott in die Verfassung? Religion und Kompatibilität in der Europäischen Union*, Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Baden-Baden 2007.
- Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels: *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, 10. Auflage, Baden-Baden 2007.
- Weidenfeld, Werner: *Europa leicht gemacht – Antworten für junge Europäer*, Bonn 2006.
- Zaborowski, Marcin (Hrsg.): *Facing China's Rise: Guidelines for an EU Strategy*, European Union Institute for Security Strategies 2006.